

§ 1 Geltungsbereich

1. Diese Verkaufs- und Lieferbedingungen finden Anwendung auf alle Arten von Lieferungen und Leistungen („der Liefergegenstand“ oder „die Lieferleistung“) der REIBOLD & STRICK Handels- und Entwicklungsgesellschaft für chemisch-keramische Produkte mbH nachfolgend einzeln oder gemeinsam auch „Auftragnehmer“ genannt an deren Kunden – nachfolgend „Auftraggeber“ genannt.
2. Die Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber richten sich ausschließlich nach diesen Bedingungen. Abweichungen, Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform, dies gilt auch für Abweichungen von diesem Schriftformerfordernis. Entgegenstehende, ergänzende oder von diesen Bedingungen abweichende Bedingungen des Auftraggebers werden nur Bestandteil des Vertrages, wenn der Auftragnehmer dies ausdrücklich schriftlich anerkennt. Der Beginn mit und/oder die Durchführung von Lieferungen und Leistungen oder die widerspruchslose Entgegennahme von Zahlungen als auch ein Schweigen des Auftragnehmers stellt in keinem Fall eine Annahme von Bedingungen des Auftraggebers dar.
3. Diese Verkaufs- und Lieferbedingungen gelten, soweit es sich um ein beidseitiges Handelsgeschäft handelt, auch für alle künftigen Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber, auch wenn im Einzelfall nicht ausdrücklich auf diese Verkaufs- und Lieferbedingungen Bezug genommen wird.

§ 2 Angebot und Angebotsunterlagen

Mündliche Angebote sind stets unverbindlich und freibleibend, sie werden erst durch schriftliche Bestätigung bindend. Die Bindungsfrist beträgt, soweit nicht ausdrücklich abweichend im Angebot benannt, 30 Tage ab Angebotsstellung. Die in den begleitenden Angebotsunterlagen enthaltenen Angaben und Informationen wie bspw. technische Beschreibungen, Zeichnungen, Abbildungen, Daten, Programme und Leistungsangaben des Auftragnehmers sind unverbindlich. Die im Angebot und den zugehörigen Angebotsunterlagen überlassenen Informationen sind ausschließlich das geistige Eigentum des Auftragnehmers. Dem Empfänger ist jegliche Nutzung außerhalb der vertraglich vereinbarten untersagt. Die in den Angebotsunterlagen enthaltenen Informationen sind in der Angebotsphase auf Ausführungsmöglichkeiten im Rahmen des beabsichtigten Projekts durch den Angebotsempfänger zu überprüfen. Bei Unstimmigkeiten ist der Auftragnehmer innerhalb von 10 Tagen seit Zugang der Unterlagen zu verständigen, andernfalls werden daraus entstehende Mängel und Abweichungen vom Auftraggeber verantwortet.

§ 3 Vertragsabschluss, Schriftform

Auf den Vertragsabschluss gerichtete Willenserklärungen des Auftragnehmers sind ausschließlich in Schriftform wirksam. Mündliche Erklärungen werden erst durch schriftliche Bestätigung seitens des Auftragnehmers wirksam. Die Schriftform gilt auch für etwaige Neben- und Änderungsabreden. Ein Vertragsabschluss kann nicht durch einseitige schriftliche Bezugnahme des Auftraggebers auf stattgefundene Vertragsverhandlungen herbeigeführt werden. Ein Schweigen seitens des Auftragnehmers gilt in keinem Fall als Zustimmung. Der Inhalt wird ausschließlich durch schriftliche Gegenbestätigung seitens des Auftragnehmers anerkannt.

§ 4 Gefahrenübergang

Die Gefahr des Untergangs der Auftragsleistung geht auf den Auftraggeber über, sobald der Auftragnehmer diese einem Spediteur oder sonstigen Person zum Zwecke der Beförderung übergeben hat bzw. mit Anzeige der Fertigstellung und vertragsgemäßer Bereitstellung der Lieferware im Werk des Auftragnehmers, bei Datenübertragung mit Absendung der Daten.

§ 5 Eigentumsvorbehalt

1. Die Lieferleistung bleibt bis zur Erfüllung sämtlicher Forderungen des Auftragnehmers aus der Geschäftsbeziehung mit dem Auftraggeber Eigentum des Auftragnehmers. Wird die Lieferleistung von dem Auftraggeber be- oder verarbeitet, erstreckt sich der Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers auf die gesamte neue Sache.
2. Bei einer Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung mit fremden Sachen durch den Auftraggeber erwirbt der Auftragnehmer Miteigentum zu dem Bruchteil, der dem Verhältnis des Rechnungswertes der Lieferleistung zu dem der vom Auftraggeber benutzten anderen Sache im Zeitpunkt der Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung entspricht.
3. Wird die Vorbehaltsleistung mit einer Hauptsache des Auftraggebers oder Dritter verbunden oder vermischt, so überträgt der Auftraggeber dem Auftragnehmer darüber hinaus schon jetzt seine Rechte an der neuen Sache. Verbindet oder vermischt der Auftraggeber die Vorbehaltsleistung entgeltlich mit einer Hauptsache Dritter, so tritt er hiermit an den Auftragnehmer schon jetzt seine Vergütungsansprüche gegen den Dritten ab.
4. Der Auftraggeber ist berechtigt, die im Eigentumsvorbehalt stehenden Lieferleistungen im Rahmen eines geordneten Geschäftsbetriebes weiter zu veräußern. Veräußert der Auftraggeber diese Ware seinerseits, ohne den vollständigen Kaufpreis im Voraus oder Zug um Zug gegen Übergabe der Kaufsache zu erhalten, so hat er mit seinem Kunden einen Eigentumsvorbehalt entsprechend diesen Bedingungen zu vereinbaren. Der Auftraggeber tritt bereits jetzt seine Forderungen aus dieser Weiterveräußerung sowie die Rechte aus dem von ihm vereinbarten Eigentumsvorbehalt an den Auftragnehmer ab. Er ist auf Verlangen des Auftragnehmers verpflichtet, den Erwerbenden die Abtretung bekannt zu geben und dem Auftragnehmer die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen die Erwerber erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen auszuhändigen.
5. Der Auftraggeber ist zur Einziehung der Forderungen aus dem Weiterverkauf trotz der Abtretung nur ermächtigt, solange er seine Verbindlichkeiten dem Auftragnehmer gegenüber ordnungsgemäß erfüllt. Übersteigt der Wert der dem Auftragnehmer überlassenen Sicherheiten seine Forderungen um mehr als 10%, so ist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers zur Freigabe von Sicherheiten nach seiner Wahl verpflichtet. In einer Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts durch den Auftragnehmer liegt nur dann auch ein Rücktritt vom Vertrag vor, wenn der Auftragnehmer dies zuvor ausdrücklich schriftlich erklärt hat.
6. Bei vertragswidrigem Verhalten des Auftraggebers, insbesondere bei Zahlungsverzug sowie bei Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Auftraggebers oder im Falle der Ablehnung der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Masse, ist der Auftraggeber auf Aufforderung des Auftragnehmers unter Ausschluss jeglichen Zurückbehaltungsrechts zur Herausgabe der Vorbehaltsleistungen verpflichtet. Die Lieferleistung unterliegt dann der freien Verwertungsbezugnis des Auftragnehmers. Bei Überlassung von Software erlöschen in einem solchen Fall alle im Rahmen des Vertrages eingeräumten Nutzungs- und Verwertungsrechte des Auftraggebers.

§ 6 Hilfsmittel

1. Die vom Auftragnehmer im Rahmen der Auftragsarbeit angefertigten Hilfsmittel, Werkzeuge, Modelle, Formen etc. (im Folgenden „Werkzeuge“) sind nicht Bestandteil der Auftragsleistung und bleiben im Eigentum des Auftragnehmers.
2. Die Werkzeuge werden nach Abnahme der Teile durch den Auftraggeber für den Zeitraum von sechs (6) Monaten vom Auftragnehmer ohne Anerkennung einer Rechtspflicht aufbewahrt.
3. Nach Ablauf dieser Frist wird der Auftragnehmer die Werkzeuge verschrotten, es sei denn, der Auftragnehmer und der Auftraggeber haben eine weitere Lagerung der Werkzeuge oder Übereignung gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung vereinbart.

§ 7 Lieferfristen und Verzug

1. Die Einhaltung von vereinbarten Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Auftraggeber zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen durch den Auftraggeber voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen, dies gilt nicht, wenn der Auftragnehmer die Verzögerung zu vertreten hat.
2. Kommt der Auftragnehmer in Verzug, kann der Auftraggeber, sofern ein daraus entstandener Schaden gerichtlich festgestellt oder vom Auftragnehmer schriftlich akzeptiert wurde, eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % der vereinbarten Vergütung für die im Verzug befindliche Leistung verlangen. Dem Auftragnehmer steht es frei, einen geringeren Schaden nachzuweisen.
3. Entschädigungsansprüche des Auftraggebers, die über die oben genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verspäteter Lieferung, auch nach Ablauf einer dem Auftragnehmer etwa gesetzten Nachfrist, ausgeschlossen.
4. Zwingende gesetzliche Haftungsvorschriften, wie z.B. die Haftung bei der Übernahme einer Garantie, die Haftung für vorsätzliches und grob fahrlässiges Handeln, für die Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz und die Vorschriften über den Verbrauchsgüterkauf, bleiben unberührt.

§ 8 Höhere Gewalt

Höhere Gewalt jeder Art, insbesondere unvorhersehbare Betriebs-, Verkehrs- oder Versandstörungen, Feuerschäden, Überschwemmungen, unvorhersehbarer Arbeitskräfte-, Energie-, Rohstoff- oder Hilfsstoffmangel, Streiks, Aussperungen, behördliche Verfügungen oder andere von der leistungspflichtigen Partei nicht zu vertretende Hindernisse, welche die Herstellung, den Versand oder die Abnahme verzögern, verhindern oder unzumutbar werden lassen, befreien für Dauer und Umfang der Störung von der Verpflichtung zur Lieferung oder Abnahme. Wird infolge der Störung die Lieferung und/oder Abnahme um mehr als acht Wochen überschritten, so sind beide Seiten zum Rücktritt berechtigt.

§ 9 Preis und Zahlung, Anrechnung, Zurückbehaltungsrecht

1. Die Preise gelten ab Werk, ausschließlich aller Nebenkosten, wie gesetzliche Umsatzsteuer, Verpackung, Zoll, Fracht, Versicherung u. a. Sofern nicht abweichend vereinbart, ist die Zahlung sofort mit Vertragsschluss und ohne Abzüge fällig.
2. Der Auftragnehmer ist berechtigt, Zahlungen des Auftraggebers zunächst auf dessen ältere Schulden anzurechnen und eingehende Zahlungen zuerst auf Kosten, Zinsen und dann die Hauptleistung zu verrechnen.
3. Im Falle nach Vertragsabschluss entstehender berechtigter Zweifel an der Zahlungsfähigkeit des Auftraggebers, kann der Auftragnehmer Vorauszahlung oder Stellung von Sicherheiten verlangen. Entspricht der Auftraggeber solchem Begehren nicht, ist der Auftragnehmer über das Zurückhalten seiner Leistung zur Kündigung des Vertrages berechtigt. Der Auftraggeber ist zur Aufrechnung, Zurückbehaltung oder Minderung nur im Falle rechtskräftig festgestellter oder unstreitiger Forderungen berechtigt.

§ 10 Abnahme

Soweit die Art der Leistung (Werkleistung) eine Abnahme erfordert, hat diese ohne schuldhaftes Zögern des Auftraggebers unter Erstellung eines schriftlichen Abnahmeprotokolls zu erfolgen. Nimmt der Auftraggeber die Leistung nicht innerhalb von 14 Tagen nach Anzeige der Fertigstellung und/oder Lieferung ab und werden in dieser Zeit keine die Abnahme hindernde Mängel gerügt, so gilt die Leistung als vertragsgemäß anerkannt und abgenommen. Für selbstständige Teilleistungen kann eine Teilabnahme

entsprechend der oben genannten Regelungen verlangt werden.

§ 11 Gewährleistung

1. Die Mängelansprüche des Auftraggebers sind auf das Recht zur Nacherfüllung (nach Wahl des Auftragnehmers durch Nachbesserung oder Neuerfüllung) beschränkt. Schlägt die Nacherfüllung durch den Auftragnehmer fehl, so kann der Auftraggeber den Preis angemessen mindern oder nach seiner Wahl von dem Vertrag zurücktreten. Schadensersatzansprüche nach § 14 bleiben hiervon unberührt. Ansprüche des Auftraggebers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen sich erhöhen, weil der Gegenstand der Lieferung nachträglich an einen anderen Ort als die Niederlassung des Auftraggebers verbracht worden ist, es sei denn, die Verbringung entspricht seinem bestimmungsgemäßen Gebrauch.
2. Handelt es sich bei der Gewährleistung um einen Rückgriff des Auftraggebers, nachdem dieser nach den Bestimmungen des Verbrauchsgüterkaufs erfolgreich in Anspruch genommen worden ist, bleiben die Rückgriffsansprüche aufgrund der Vorschriften über den Verbrauchsgüterkauf unberührt. Auf den Anspruch auf Schadensersatz findet § 14 Anwendung.
3. Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer unverzüglich ab Kenntnis jeden in der Lieferkette auftretenden Regressfall anzuzeigen. Gesetzliche Rückgriffsansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer bestehen nur insoweit, als der Auftraggeber mit seinem Abnehmer keine über die gesetzlichen Mängelansprüche hinausgehenden Vereinbarungen getroffen hat.
4. Die Vereinbarung einer Garantie bedarf der Schriftform. Eine Garantieerklärung ist nur dann wirksam, wenn sie den Inhalt der Garantie sowie die Dauer und den räumlichen Geltungsbereich des Garantieschutzes hinreichend bestimmt beschreibt.
5. Gewährleistungsansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern.
6. Weitergehende oder andere als die in diesem § 11 geregelten Ansprüche des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer, dessen Organe, Angestellte und Erfüllungsgehilfen wegen eines Mangels sind ausgeschlossen.

§ 12 Verletzung fremder Schutzrechte

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferortes frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden „Schutzrechte“) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Auftragnehmer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Auftraggeber berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber innerhalb der in § 14 bestimmten Frist wie folgt:
Der Auftragnehmer wird nach seiner Wahl und auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird oder austauschen. Ist dies dem Auftragnehmer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Auftraggeber die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu. Ersatz für vergebliche Aufwendungen kann der Besteller nicht verlangen. Die Pflicht des Auftragnehmers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach § 14.
2. Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Auftragnehmers bestehen nur, soweit der Auftraggeber den Auftragnehmer über die vom Dritten geltend gemachten Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Auftragnehmer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Auftraggeber die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der

Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

3. Ansprüche des Auftraggebers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.
4. Ansprüche des Auftraggebers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Auftraggebers, durch eine vom Auftragnehmer nicht voraussehbare Verwendung der Lieferleistung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferleistung vom Auftraggeber verändert oder zusammen mit nicht vom Auftragnehmer gelieferten Produkten eingesetzt wird.
5. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für Ansprüche des Auftraggebers die Regelungen in §§ 7, 10, 12, 13, 14 und 15 entsprechend.

§ 13 Mangelrügen

1. Alle Beanstandungen, insbesondere Mangelrügen, müssen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Tagen nach Empfang der Lieferleistung (bei versteckten Mängeln unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Tagen nach ihrer Entdeckung) schriftlich beim Auftragnehmer zugegangen sein. Sofern der Auftraggeber Beanstandungen und Mangelrügen nicht rechtzeitig oder nicht in der vereinbarten Schriftform anzeigt, gilt die Lieferleistung im Hinblick auf die nicht oder nicht formgerechte Beanstandung bzw. den nicht rechtzeitig oder nicht formgerecht gerügten Mangel als mangelfrei. Nimmt der Auftraggeber die Lieferleistung in Kenntnis eines Mangels an, so stehen ihm die aus der Mangelhaftigkeit ableitbaren Rechte nur zu, wenn er sich seine Rechte wegen dieses Mangels ausdrücklich schriftlich vorbehält.
2. Durch die Anzeige eines Mangels wird die Verjährungsfrist nicht gehemmt. Die Verjährungsfrist wird erst durch gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen gehemmt.

§ 14 Schadensersatz

1. Schadens- und Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers (im Folgenden „Schadensersatzansprüche“), gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, sind ausgeschlossen.
2. Diese Haftungsbegrenzung gilt nicht im Falle vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Schadensverursachung seitens des Auftragnehmers, seiner leitenden Angestellten und Erfüllungsgehilfen, im Falle der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit, bei arglistigem Handeln, der Übernahme einer Garantie oder eines Beschaffungsrisikos, bei Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft, der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht sowie in den Fällen, in denen der Auftragnehmer nach dem Produkthaftungsgesetz zwingend haftet. Bei fahrlässig verursachten Sach- und Vermögensschäden auf Grund der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht ist der Schadensersatzanspruch jedoch der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden. Wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägt und auf die der Auftraggeber vertrauen darf.
3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist mit der vorstehenden Regelung nicht verbunden.
4. Schadensersatzansprüche für den Verlust gespeicherter Daten sind ausgeschlossen, wenn der Schaden bei ordnungsgemäßer Datensicherung nicht eingetreten wäre.

§ 15 Verjährung

1. Mängelansprüche des Auftraggebers verjähren nach 12 Monaten ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn. Dies gilt nicht, soweit es sich um ein Bauwerk oder aber um eine Sache handelt, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat oder um ein Werk handelt, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- und Überwachungsleistungen für ein Bauwerk besteht. In diesen Fällen beträgt die Verjährung fünf (5) Jahre.
2. Zwingende gesetzliche Verjährungs- und Haftungsvorschriften, wie z.B. die Haftung bei der Übernahme einer Garantie, die Haftung für vorsätzliches und grob fahrlässiges Handeln, für die

Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten, die Haftung nach dem Produkthaftungsgesetz und die Vorschriften über den Verbrauchsgüterkauf, bleiben unberührt.

§ 16 Unmöglichkeit

1. Verweigert der Auftragnehmer die Lieferung, weil die Lieferung bereits bei Vertragsschluss unmöglich war oder einen Aufwand erforderte, der in einem groben Missverhältnis zu dem Leistungsinteresse des Auftraggebers steht, haftet der Auftragnehmer dem Auftraggeber auf Schadensersatz statt der Leistung, soweit er die Unmöglichkeit zu vertreten hat. Ein Vertreten müssen kommt nicht in Betracht, wenn der Auftragnehmer die Unmöglichkeit der Lieferung weder kannte noch kennen musste. Der Schadensersatzanspruch des Auftraggebers beschränkt sich auf 10% des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen Unmöglichkeit nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit zwingend gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Auftraggebers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Auftraggebers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.
2. Tritt die Unmöglichkeit oder der unverhältnismäßige Aufwand der Leistungserbringung erst nach Vertragsschluss ein, haftet der Auftragnehmer auf Schadensersatz, es sei denn, der Eintritt war nicht vorhersehbar oder abwendbar.

§ 17 Erfindungen

1. Ergeben sich im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit Erfindungen, die zu gewerblichen Schutzrechten führen können, so ist ausschließlich diejenige Partei zu Schutzrechtsanmeldungen berechtigt, von dessen Mitarbeitern oder Beauftragten die Erfindung gemacht wurde. Die Parteien werden sich gegenseitig über entsprechende Erfindungsmeldungen und geplante Schutzrechtsanmeldungen informieren. Sollte die Partei, in deren Besitz sich die Rechte an der Erfindung befinden, keine eigene Anmeldung planen, so werden sich die Parteien über eine evtl. Übertragung der Erfindungsrechte verständigen. Werden im Rahmen der vertraglichen Zusammenarbeit Erfindungen gemacht, an denen Mitarbeiter oder Beauftragte mehrerer Parteien beteiligt sind (im Folgenden „Gemeinschaftserfindung“), wird von Fall zu Fall gesondert vereinbart, durch wen von ihnen und wo etwaige Schutzrechtsanmeldungen vorgenommen werden sollen. Die Anmeldung kann auch gemeinschaftlich erfolgen, in diesem Fall werden die Kosten entsprechend den Erfindungsanteilen von den jeweiligen Parteien getragen. Bei gemeinsamen Erfindungen oder gemeinsamen Schutz- und/oder Urheberrechten ist jede Partei berechtigt, jederzeit auf seinen Anteil zugunsten der anderen Partei zu verzichten. Die verzichtende Partei wird zeitgerecht alle Vorkehrungen und Maßnahmen treffen, um der anderen Partei die Wahrung ihrer Interessen zu ermöglichen.
2. Beabsichtigt eine Partei ein Schutzrecht im Sinne von Absatz 1 oder 2 fallen zu lassen (Alternative 1) oder auf einen Dritten zu übertragen (Alternative 2), hat sie die andere Partei hierüber unverzüglich zu informieren. Der jeweils anderen Partei steht das Recht zur kostenlosen Übernahme (bei Alternative 1) bzw. eines Vorkaufsrechts (bei Alternative 2) zu.

§ 18 Technische Beratung, anwendungstechnische Hinweise, Verwendung und Verarbeitung

1. Die anwendungstechnische Beratung des Verkäufers sowie andere Beratungen im Rahmen des Kundenservice mündlich oder schriftlich oder durch Versuche erfolgt nach bestem Wissen, gilt jedoch nur als unverbindlicher Hinweis, auch in Bezug auf etwaige Schutzrechte Dritter. Sie befreit den Käufer nicht von der eigenen Prüfung der vom Verkäufer gelieferten Produkte auf ihre Eignung für die beabsichtigten Verfahren und Zwecke. Die Anwendung, Verwendung und Verarbeitung der Waren erfolgt außerhalb der Kontrollmöglichkeiten des Verkäufers und liegt daher ausschließlich im Verantwortungsbereich des Käufers.

Allgemeine Verkaufs- und Lieferbedingungen der Firma Reibold & Strick

2. Für Gebrauchsanweisungen, Verwendungstipps, Verarbeitungsvorschläge oder Verarbeitungshinweise des Verkäufers gilt Ziffer 1. Entsprechend.
3. Wenn der Käufer die vom Verkäufer gelieferte Ware umpackt, portioniert, verarbeitet u. ä. ist der Verkäufer nur noch Zulieferer. In diesem Fall gilt der Käufer als Hersteller. Der Käufer verpflichtet sich, für einen solchen Fall, die Ware ordnungsgemäß zu kennzeichnen und die vom Hersteller zur Verfügung gestellten Gebrauchsanweisungen, Verwendungs- und Verarbeitungsanweisungen sowie Warnhinweise in inhaltlich gleicher Form weiterzugeben. Die Unfallverhütungsvorschriften und die Vorschriften des Chemikaliengesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen, insbesondere die Gefahrstoffverordnung, sind vom Käufer zu beachten und einzuhalten.
4. Der Käufer ist verpflichtet, seinen Abnehmern und Mitarbeitern die vom Verkäufer verwendeten oder zur Verfügung gestellten Gebrauchsanweisungen, Verwendungs- und Verarbeitungshinweise, die Warnhinweise und Sicherheitsratschläge usw. weiterzugeben. Wenn es sich um gesundheitsgefährdende Waren handelt und der Verkäufer darauf hingewiesen hat, ist der Käufer insbesondere gegenüber seinen Mitarbeitern und den Endabnehmern verpflichtet, diese entsprechend zu beraten, zu informieren und zu warnen.
5. Für jeden Schaden, der dadurch entsteht, dass der Käufer seinen Verpflichtungen aus Ziffer 4 und 5 nicht nachkommt, haftet der Käufer dem Geschädigten direkt. Wenn der Verkäufer direkt in Anspruch genommen wird, weil der Käufer diese Pflichten nicht erfüllt hat, kann der Verkäufer beim Käufer Regress nehmen. Dem Käufer obliegt die Beweislast für seine Erfüllung der Vertragspflichten.

§ 19 Übertragung von Rechten und Pflichten

Vorbehaltlich gesetzlicher Bestimmungen über die Zulässigkeit von Abtretungsverboten bedürfen die Übertragung von Rechten und Pflichten aus dem Vertrag zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung des Auftragnehmers.

§ 20 Anwendbares Recht, Auslegung von Klauseln etc.

1. Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss der Bestimmungen des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Verträge über den Internationalen Warenkauf (UN-Kaufrecht) und den Kollisionsregelungen des Internationalen Privatrechts.
2. Handelsübliche Klauseln sind nach den Incoterms 2010 auszulegen.
3. Der Auftraggeber trägt die Zoll- und Einfuhrabgaben des Bestimmungslandes sowie alle übrigen mit dem Kaufvertrag verbundenen Gebühren, Steuern und Kosten.

§ 21 Erfüllungsort und Gerichtsstand; Wirksamkeitsklausel

1. Erfüllungsort für die Lieferung ist die jeweilige Versandstelle, für die Zahlung Köln.
2. Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einem Auftrag ergeben, ist - soweit gesetzlich zulässig - das örtlich zuständige Gericht am Sitz des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist darüber hinaus berechtigt, seine Ansprüche an dem allgemeinen Gerichtsstand des Auftraggebers geltend zu machen.
3. Sollten einzelne Klauseln dieser Verkaufs- und Lieferbedingungen ganz oder teilweise ungültig sein, berührt das die Wirksamkeit der übrigen Klauseln bzw. der übrigen Teile solcher Klauseln nicht. Eine unwirksame Regelung haben die Parteien durch eine solche Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Regelung am nächsten kommt und wirksam ist.

§ 1 Applicability

1. These General Conditions of Sale and Delivery will apply to any and all types of deliveries and services ("Contractual Item" or "Contractual Service") of REIMBOLD & STRICK Handels- und Entwicklungsgesellschaft für chemisch-keramische Produkte mbH hereinafter referred to either individually or jointly as "Contractor" to its or their customer - hereinafter referred to as "Principal".
2. Legal relationships between the Contractor and Principal are to be governed solely by the following terms and conditions. Any deviations, modifications or amendments, including amendments to this requirement for the written form, are to be made in writing. Any conditions of the Principal which are contradictory or supplementary to, or which deviate from these conditions, will not apply unless they have received the Contractor's express, written approval. The commencement and/or execution of deliveries and services or receipt of payments without objection or silence on the part of Contractor shall in no case imply that terms and conditions of Principal are accepted.
3. As far as mutual commercial business is involved, these General Terms of Sale and Delivery are also to be applicable to any and all future transactions between the Principal and the Contractor, even if, in the individual case, no express reference has been made to these General Terms of Sale and Delivery.

§ 2 Quotation and Documents on Quotation

Verbal offers are always without engagement and subject to confirmation; to become binding, written confirmation is required. Unless otherwise expressly stipulated in the quotation, the period of commitment is 30 days following submission of the quotation. Any details and information included in the documents accompanying the quotation, such as technical descriptions, drawings, diagrams, data, programs and performance figures of the Contractor, are without engagement. Any information submitted in the quotation and related documents is the intellectual property of the Contractor only. The recipient must not use it for any purpose other than that contractually agreed upon. The recipient of the quotation is, during the offer phase, to check any information included in the documents accompanying the quotation to ascertain its feasibility for the proposed project. Should there be any discrepancies, the Contractor is to be notified within 10 days of receipt of the documents, otherwise the Principal is to answer for any defects and deviations occurring as a result.

§ 3 Conclusion of Contract, Written Form

No declaration by the Contractor of its intention to enter into a contract will be considered valid unless submitted in writing. Verbal statements will not become effective until they have been confirmed in writing by the Contractor. Any and all additional agreements and amendments must also be made in writing. The conclusion of a contract cannot be inferred from the written, unilateral reference by the Principal to contract negotiations which have taken place. Under no circumstances will silence on the part of the Contractor constitute consent. The written counter-confirmation of the Contractor is required for acceptance of the contents to be valid.

§ 4 Transfer of Risk

The risk of loss of the work performed will pass to the Principal as soon as the Contractor has handed it over for shipment to a forwarding agent or other person; or upon notification that the goods to be supplied have been completed and are available, as specified in the contract, at the Contractor's plant; or, in the case of data transfer, upon dispatch of the data.

§ 5 Retention of Title

1. The Contractual Item will remain the property of the Contractor until any and all of the Contractor's outstanding invoices arising from business relations with the Principal

have been settled in full. Should the Principal process or treat the Contractual Item in any way, the Contractor's retention of title will cover any new item in its entirety.

2. Should the Principal process, combine or merge the Contractual Item with thirdparty items, the Contractor will acquire joint ownership of the fraction thereof commensurate with the proportion of the invoice value of the Contractual Item in relation to that of the other items used by the Principal at the time of processing, combining or merging.
3. Should the item subject to retention of title be combined or merged with a major item of the Principal or a third-party, then the Principal here and now transfers to the Contractor any title it might have to the new item. Should the Principal, in return for payment, combine or merge an item subject to retention of title with a major item of a third-party, then the Principal here and now transfers to the Contractor any entitlement it might have to remuneration by the third party.
4. The Principal is entitled to resell Contractual Items subject to retention of title in the course of well regulated business operations. Should the Principal resell these goods without receiving payment of the full purchase price either in advance, or against individual deliveries, then the Principal is to arrange with its own customer retention of title terms in accordance with these conditions. The Principal here and now transfers to the Contractor any title it might have to claims arising from this resale, and to any rights from the retention of title terms arranged.
5. The Principal is obliged, if requested by the Contractor, to notify the purchasers of such transfer of rights, and to provide the Contractor with any information and documents required by the latter to claim from the purchasers its due rights.

Notwithstanding the transfer of rights, the Principal is only authorised to collect receivables from resale as long as its own obligations to the Contractor are being met duly and correctly.

Should the value of securities surrendered to the Contractor exceed its claims by more than 10%, then, if the Principal so requests, the Contractor will be obliged to release securities of its own choice. Should the Contractor assert retention of title, the contract will not be deemed to have been cancelled without the Contractor's prior, written and express notice to this effect.

6. In the event of any breach of contract on the part of the Principal, in particular default of payment, or of the institution of insolvency proceedings against the assets of the Principal, or in the event of the rejection of such application due to lack of sufficient assets, the Principal will be obliged, at the request of the Contractor, to surrender any items subject to retention of title, without possibility of recourse to any right of retention.

Any such Contractual Item will then be subject to the unrestricted exploitation rights of the Contractor. If software has been provided, then in such an event, any of the Principal's rights of utilisation or exploitation granted within the context of the contract will lapse.

§ 6 Tools

1. Any auxiliary models, tools, models, moulds etc. (hereinafter referred to as "Tools") produced by the Contractor whilst completing the contractually agreed work do not constitute an integral part of the work performance, and will remain the property of the Contractor.
2. The Contractor will store the Tools for a period of six (6) months following acceptance of the parts by the Principal, without acknowledging any legal obligation in this respect.
3. Upon expiry of this term, and unless arrangements have been made by the Contractor and the Principal for the Tools to be stored for a further period, or for title to be transferred against payment of a reasonable sum, the Contractor will scrap the Tools.

§ 7 Periods of Delivery and Delays

General Terms of Sale and Delivery of Reimbold & Strick

1. In order for delivery deadlines to be met, it is essential that any and all documents to be supplied by the Principal, necessary permits and releases, especially those relating to plans, are received in good time, and that the Principal adheres to the agreed terms of payment and fulfils any other obligations it might have. Should these conditions not be complied with, the delivery periods will be extended appropriately; this will not apply in the event of the Contractor's being responsible for the delay.
2. If Contractor is in default, then inasmuch as damages caused by this have been determined by a court of law or were acknowledged by Contractor in writing, Principal can demand compensation of 0.5% of the remuneration agreed for the defaulted performance for each full week of default, but in total at most 5% of said agreed remuneration. Contractor may evidence lesser damage.
3. In any event, any claims by the Principal for compensation for delays in delivery in excess of the above-mentioned limits are excluded, even if the Supplier fails to meet an deadline which has already been extended.
4. Any mandatory legal liability provisions, e.g. liability on acceptance of a guarantee, liability for intent and gross negligence, injury to life, body or health, fundamental breach of contract, liability as per product liability laws, and the regulations covering the purchase of consumer products will remain unaffected.

§ 8 Force Majeure

Acts of God of any type, in particular unforeseeable shortages of labour, energy, raw or auxiliary materials, strikes, lockouts, official measures or other obstacles not caused by the Party under contract, which will delay, prevent, or render unreasonable the production, shipment, or approval of the Contractual Item, will release the Parties from their obligation to deliver or approve the goods for the duration and extent of the disturbance. If, as a result of the disruption, delivery and/or approval is delayed by more than eight weeks, then both Parties will be entitled to withdraw from the contract.

§ 9 Price and Payment, Crediting, Withholding right

1. Prices are quoted ex works, and do not include any incidentals such as statutory value added tax, packaging, customs duties, freight, insurance, etc. Unless otherwise agreed, payment in full will become due immediately upon conclusion of the contract.
2. To begin with, the Contractor will be entitled to use payments received from the Principal to settle any previous debts, and to balance first costs and interest, and then the main Contractual Item with incoming payments.
3. If, following conclusion of the contract, any justified doubt should arise as to the Principal's solvency, the Contractor may request payment in advance or the furnishing of securities. Should the Principal fail to meet any such request, the Contractor will be entitled not only to withhold its services, but also to terminate the contract. The Principal is entitled to offset, withhold or reduce only if claims are undisputed or are the subject of a final court judgement.

§ 11 Warranty

1. Warranty claims by the Principal are limited to the right to subsequent performance (the Contractor deciding whether to rectify defects, or provide replacements). Should subsequent performance provided by the Contractor fail to be satisfactory, the Principal will be entitled to reduce the price accordingly, or, if it prefers, withdraw from the contract. Claims for damages as per § 14 remain unaffected. Claims made by the Principal due to expenses incurred as a result of subsequent performance, in particular transport, travel, labour and material costs, will be excluded where such expenses have been increased by the fact that the item was subsequently transported to a location other than the premises of the Principal, unless its transport to this location was in keeping with its intended use.
2. In the event of recourse to the guarantee by the Principal following a successful claim against the latter on the basis of the provisions governing the purchase of consumer

goods, the claims under a right of recourse in accordance with the regulations on the purchase of consumer goods will remain unaffected. § 14 will apply to any claim for damages.

3. The Principal is obliged to inform the Contractor without delay of any case of recourse within the supply chain. Statutory claims made under a right of recourse by the Principal against the Contractor will apply only to arrangements entered into by the Principal with its own customer which do not exceed statutory warranty claims.
4. Any guarantee agreement must be made in writing. A statement of guarantee will only be effective if it describes the contents of the guarantee and the duration and physical scope of guarantee protection in sufficient detail.
5. Warranty claims will not be admissible in cases of only slight deviations from the agreed condition, or only slight impairment of serviceability, nor in the case of nonreproducible software errors.
6. Any claims for defects made by the Principal against the Contractor, its organs, staff and agents which go beyond or differ from those governed by § 11 hereof will be excluded.

§ 12 Infringement of Third Party Property Rights

1. Unless otherwise agreed, the Contractor is to effect delivery free from industrial property rights and copyrights of third parties (hereinafter referred to as "Property Rights") solely in the country of the place of delivery. Should any third party lodge a legitimate claim against the Principal for the infringement of Property Rights by deliveries made by the Contractor and then put to their intended use, then the Contractor will be liable to the Principal within the period stipulated in § 14, as follows:

The Contractor will have the option, at its own expense, of acquiring the right to use the Property Rights to the items concerned, or so modifying them that there is no infringement of Property Rights, or replacing them. Should the Contractor not be able to do so under reasonable conditions, the Principal will be entitled to exercise its statutory rights to withdraw from the contract or reduce the purchase price. The orderer is not entitled to request reimbursement of monies expended in vain. The Contractor's liability to pay damages is to be governed by § 14.

2. The duties of the Contractor described above will be applicable only insofar as the Principal notifies the Contractor in writing and without undue delay of any claims asserted by third parties, fails to recognise an infringement, and all the Contractor's rights to any and all means of defence and settlement negotiations will be retained. Should the Principal discontinue usage of the delivery in order to mitigate damages, or for any other good cause, then the Principal is obliged to advise the third party to
- the effect that the discontinuance of usage must not be construed as recognition of any infringement of Property Rights.
3. Should the Principal itself be responsible for the infringement of Property Rights, then any claims it might have will be excluded.
4. Further, claims of the Principal will be excluded if the infringement of Property Rights is caused as a result of particular demands of the Principal, of the Contractual Goods having been put to a use not foreseeable to the Contractor, of modifications being made to the Contractual Goods by the Principal, or of their having been used in conjunction with products not supplied by the Contractor.
5. In the event of infringements of Property Rights, the provisions set out in §§ 7, 10,12,13,14 and 15 will apply accordingly to claims of the Principal.

§ 13 Notification of Defects

1. Any complaints, in particular notices of defects, must be received by the Contractor in writing without delay, but within 10 days of receipt of the Contractual Goods (in the case of concealed defects within 10 days of their discovery) at the latest. Should the Principal fail to provide

notification of any complaints or defects within the time limit or in the written form agreed upon, then, in the absence of any complaint, or notification of the defects not being given in due form or time, the Contractual Item will be deemed free of defect. Should the Principal take delivery of the Contractual Goods in the knowledge of the existence of a defect, then the Principal has no entitlement to rights derivable from such defect unless it expressly reserves all rights arising from this defect in writing.

2. Notification of a defect will not extend the limitation period. The only reason for extending the limitation period will be the successful assertion of claims.

§ 14 Damages

1. Any claims for damages and the reimbursement of expenses on the part of the Principal (hereinafter referred to as "Claims for Damages"), for any legal reason whatsoever, in particular breach of duty in connection with contractual obligation and tort, are excluded.
2. This limitation of liability shall not apply in the event of damage due to wilful intent or gross negligence on the part of the Contractor, its senior staff and agents, in the event of injury to life, body or health, of wilful misconduct, of the acceptance of a guarantee or risk of procurement, in the case of the absence of a guaranteed feature, or of the infringement of a material contractual obligation, and in cases in which the Contractor has mandatory liability under the German Product Liability Act. In the event of damage to property and financial loss caused by negligence as the result of the infringement of a material contractual obligation, however, the amount of claims for damages shall be limited to damages foreseeable at the time the contract is entered into, and typical for this type of contract. Material contractual obligations are those, the fulfilment of which characterise the contract, and on which the Principal can depend.
3. The above provision will not constitute any change in the burden of proof that would be detrimental to the Principal.
4. Claims for damages for any loss of stored data are to be excluded if such damage would not have occurred had a data backup been duly performed.

§ 15 Warranty Period

1. Claims for defects will become invalid 12 months following commencement of the legal limitation period. This shall not apply if the matter concerns a building construction or an item that was used for a building construction in accordance with its usual purpose and which caused the deficiency or concerning a work with results consisting of rendering planning and supervision services for a building construction. The statutory period of limitation in these cases is five (5) years.
2. Any mandatory legal limitation and liability provisions, e.g. liability on acceptance of a guarantee, liability for intent and gross negligence, injury to life, body or health, fundamental breach of contract, liability as per product liability laws, and the regulations covering the purchase of consumer products will remain unaffected.

§ 16 Impossibility

1. Should the Contractor refuse to deliver due to the fact that, at the time when the contract was entered into, delivery was impossible or would have called for expenditure grossly disproportionate to the Principal's interests, then the Contractor will be liable to the Principal for compensation in place of performance, provided the Contractor is responsible for the impossibility. In cases where the Contractor could neither know of, nor be required to know of, the impossibility of delivery, the Contractor will not be held accountable. Claims for damages on the part of the Principal will be limited to 10% of the value of those parts of the delivery which, due to impossibility, cannot be put into practical operation. This restriction will not apply in cases where, in the event of intent, gross negligence, injury to life, body or health, liability is prescribed by law; this will not constitute any change to the detriment of Contractor in the burden of proof. The right of the Principal to withdraw from the contract will remain unaffected.

2. Should the impossibility or disproportionate expense not occur until after the contract has been entered into, the Contractor will be liable for damages, unless such occurrence was neither foreseeable nor avertable.

§ 17 Inventions

1. In the event of any inventions which might lead to industrial property rights arising as a result of the contractually agreed work, then the only Party entitled to register such Property Rights will be the Party whose employees or agents have made the invention. The Parties will inform each other of any inventions they are recording or applications for industrial property rights they are planning. Should the Party in possession of the rights to a discovery not be planning to file a record of its own, the Parties will come to an agreement regarding the possibility of transferring the rights to the invention.
2. If, in the context of the contractually agreed work, inventions are made in which the employees or agents of more than one party are involved (hereinafter referred to as "Joint Inventions"), then separate arrangements will be made in each individual case to decide who is to register any Property Rights, and where. Registration may also be made jointly, in which case each Party will bear the proportion of the costs commensurate with its share in the invention. In the event of Joint Inventions or joint property rights and/or copyrights, each Party is entitled, at any time, to waive its share in favour of the other Party. The Party waiving such rights will, in a timely manner, make any provisions and arrangements necessary to enable the other Party to protect its interests.
3. Should one Party intend to relinquish one of the Property Rights in the sense of paragraph 1 or 2 (alternative 1), or transfer it to a third party (alternative 2) then it must inform the other Party of this intention without delay. The other Party will be entitled either to acquire these free of charge (should alternative 1 apply), or to preemptive rights (alternative 2).

§ 18 Technical consultation, application instructions, use and processing

1. The seller's application consultation and other consultation that is part of customer service, oral or written or through tests, is provided to the best of the seller's knowledge but is non-binding advice even in reference to third-party intellectual property rights. It does not release the purchaser from his own inspection of the products supplied by the seller in regard to suitability for the intended processes and purposes. Application, use and processing of goods are beyond the seller's control and are therefore under the sole responsibility of the purchaser.
2. No. 1 applies accordingly to the seller's instruction manuals, usage tips, processing recommendations and processing instructions.
3. If the purchaser repackages, divides, processes, etc., the goods delivered from the seller, the seller is then merely a supplier. In that case, the purchaser is regarded as the manufacturer. In such cases, the purchaser must properly label the goods and pass on the content of the instruction manuals, usage and processing instructions, and warnings provided by the manufacturer in the same form. The purchaser must observe and comply with the accident prevention regulations and the provisions of the chemical act and the associated regulations, especially the hazardous materials regulation.
4. The purchaser must forward to his customers and employees the instruction manuals, usage and processing instructions, warnings, safety advice, etc., used or provided by the seller. If the goods are hazardous to health, and the seller has advised of this, the purchaser is especially obligated to advise, inform and warn his employees and the end customers of this.
5. For any damages that arise due to the purchaser's failure to meet his obligations under No. 4 and 5, the purchaser is liable directly to the victims. If action is taken directly against the seller because the purchaser has not met these obligations, the seller can take recourse to the

General Terms of Sale and Delivery of Reibold & Strick

purchaser. The purchaser bears the burden of proof of his fulfilment of the contractual obligations.

§ 19 Assignment of Rights and Duties

Subject to the legal provisions governing the admissibility of assignment prohibitions, any assignment of rights and duties arising from the contract will not become effective without the approval of the Contractor.

§ 20 Applicable Law, Interpretation of Clauses, etc.

1. Exclusively the laws of the Federal Republic of Germany shall apply excluding the UN Convention on Contracts for the International Sale of Goods (UN commercial law) and the conflict rules of international private law.
2. Standard commercial clauses are to be interpreted in line with the Incoterms 2010.
3. Principal assumes the customs and import duties of the destination country and all other fees, taxes and costs in connection with the purchase contract.

§ 21 Place of Performance and Court of Jurisdiction; Validity Clause

1. The place of performance for delivery is to be the dispatch office; for payment Köln.
2. The exclusive place of jurisdiction for any legal disputes arising from or in connection with a contract is to be - to the extent permitted by law - the locally competent court at the location of the head office of the Contractor. Further, the Contractor is entitled to assert its claims at the general court of jurisdiction of the Principal.
3. Should all or part of any individual clause in these General terms of Sale and Delivery prove to be legally invalid, this will not affect the validity of the remaining clauses or parts thereof. The Parties are to replace any invalid provision by one which is valid and comes closest to the economic purpose of that of the invalid provision.